

# CDU und SPD lassen Osten im Stich

Auch weiterhin sollen Menschen im Osten, die auf ein langes und hartes Arbeitsleben zurückblicken, mit weniger Rente abgespeist werden.

Besonders tragisch ist dies für Härtefälle wie die zumeist gesundheitlich geschädigten Beschäftigten in der damaligen DDR-Braunkohleveredlung. Deren Ansprüche (u.a. auf früheren Renteneintritt) wurden nach der Wende zunächst auch anerkannt, ab 1996 nach dem Auslaufen von Übergangsregelungen wurden die Betroffenen aber im Regen stehen gelassen. Ebenso entfielen für Neuzugänge ab 1997 die Rentenaufschläge für Beschäftigte im DDR-Gesundheits- und Sozialwesen, mit denen ihrer harten Arbeit bei niedrigen Einkommen Rechnung getragen wurde. Zwei besonders betroffene Gruppen, für die wir uns mit Gesetzesinitiativen einsetzen.

Am 12. Januar traf ich mich in meinem Regionalbüro in Borna mit Günter Freitag, dem Sprecher der Solidargemeinschaft der Bergleute der Braunkohleveredlung Borna-Espenhain, um mich mit ihm über die Situation der ehemaligen Bergleute der Braunkohleveredlung und speziell über einen Antrag der Fraktion DIE LINKE im Bundestag zur Wahrung o.g. Rentenansprüche auszutauschen. Im Antrag enthalten ist die Forderung, dass die Betroffenen als „Bergleute unter Tage, gleichgestellt“ behandelt werden und somit, auch rückwirkend, nach

Erreichen des 60. Lebensjahres abschlagsfrei in Rente gehen können. Im Gespräch mit Herrn Freitag stellte sich heraus, dass diese Variante der Beseitigung dieser Ungerechtigkeit eine von 15 Lösungsmöglichkeiten ist, die von der Solidargemeinschaft eingebracht wurden. Es ist die Lösung, die laut Herrn Freitag von der Solidargemeinschaft favorisiert wird.

nen gesprochen hätten. In Anbetracht, dass die Forderungen seit fast 20 Jahren unverändert bestehen, scheint Frau Kolbe seit den frühen 90er Jahren keinen Kontakt mehr mit den Betroffenen zu haben.

Viele der Bergleute leiden heute noch an Folgeerkrankungen ihrer schweren Tätigkeiten. Gab es 2014 noch über 600 Mitglieder in der Solidargemeinschaft

Frau Kolbe warf uns außerdem vor, den Bergleuten „falsche Hoffnungen“ gemacht zu haben. Wenn wir aber auf die vergangenen Wochen schauen, so war es ihre sächsische Parteikollegin Petra Köpping, die auf einer Veranstaltung der Solidargemeinschaft Anfang Januar versprochen hatte, sich bei ihren Kollegen in Berlin für ihre Interessen stark zu machen.

scheinen: „Der Antrag der Linken ist leider nicht geeignet gewesen, den Betroffenen zu helfen. Er geht völlig am Thema vorbei. Die Linke fordert, dass die Bergleute der DDR-Braunkohleveredlung künftig nach Erreichen des 60. Lebensjahres vorzeitig und abschlagsfrei in Rente gehen können. Aber die betreffenden Bergleute sind im Schnitt bereits 75 Jahre alt und seit Langem in Rente“, meint Köpping. Dass mit einer rückwirkenden Anerkennung die geforderten Ansprüche gewahrt blieben und exakt das die Ungerechtigkeit beseitigen würde, scheint ihr nicht klar zu sein. Gern bieten wir ihr, bei einer gemeinsamen Diskussion mit der Solidargemeinschaft, etwas Nachhilfeunterricht im Rentenrecht an.

Weit weniger Aufmerksamkeit haben darüber hinaus die „Ost-Krankenschwestern“ erhalten, deren Ansprüche ebenfalls nicht voll anerkannt werden. Unser Antrag, diesen Zustand zu ändern, wurde mehrheitlich abgelehnt, ohne überhaupt im Detail diskutiert zu werden.

Die Bürgerinnen und Bürger werden sich sehr gut überlegen, wer sich wirklich für ihre Interessen einsetzt und wer lediglich vor der Bundestagswahl „gut Wetter machen“ möchte. SPD und CDU haben jedenfalls eindrucksvoll bewiesen, dass sie kein echtes Interesse daran haben, an einer gerechteren Gesellschaft zu arbeiten.

Axel Troost



Verwunderlich ist in diesem Zusammenhang der Debattenbeitrag der Leipziger Bundestagsabgeordneten Daniela Kolbe (SPD) in der Bundestagsdebatte am 19. Januar, in dem sie behauptet, unser Antrag entspreche nicht den Interessen der Bergleute, und fragt, wann wir das letzte Mal mit den Betroffene-

meinschaft Borna-Espenhain, sind es heute nur noch 383. Das Zeitfenster, die Lebensleistungen dieser Menschen anzuerkennen, schließt sich langsam. Auch deshalb ist das Verhalten insbesondere der Abgeordneten der Sozialdemokratie ein Affront gegenüber den Bergleuten.

Das Abstimmungsverhalten der SPD, die den Antrag abschmeterte, ist die tatsächliche Enttäuschung, die die Bergleute nun verarbeiten müssen.

Fast höhnisch muss ihnen der Kommentar von Staatsministerin Köpping (SPD), offensichtlich in völliger Unkenntnis der Sachlage, im Nachgang er-

## Trump macht Ernst – was wird aus den Beziehungen zu Mexiko?

Der neue US-amerikanische Präsident macht ernst. Bereits in den ersten Tagen nach seiner Ernennung wurde unter anderem deutlich, dass seine nationalistischen, protektionistischen und auch rassistischen Töne gegenüber Mexiko kein leeres Wahlkampfgetöse waren. Trumps Drohungen, in den USA Strafzölle gegen US- oder internationale Unternehmen, die in Mexiko produzieren lassen, zu verhängen, hat in Mexiko große Besorgnis ausgelöst. Trumps Dekret, wirklich eine Mauer zu Mexiko bauen zu lassen, deren Kosten Mexiko tragen sollte, wurde fast wie eine Kriegserklärung aufgefasst.

Beim Treffen der Deutsch-Mexikanischen Parlamentariergruppe, deren Vorsitzender ich bin, mit einer Mexikanischen Delegation unter Führung von Carlos de Icaza, Staatssekretär im Außenministerium Mexikos (im Bild rechts), waren deshalb die Auswirkungen der Präsidentschaft von Trump das beherrschende Thema. Die Mexikaner stellten die Situation

sowohl politisch wie ökonomisch als sehr ernst dar. Angesichts dessen praktiziert die mexikanische Regierung eine Doppelstrategie. Zum einen will sie in Verhandlungen mit den USA versuchen, die Beziehungen auch unter Trump auf eine vernünftige Grundlage zu stellen und negative Folgen der geplanten Maßnahmen abzuwenden. Bereits Mitte Januar haben sich dazu Vertreter beider Staaten in Washington getroffen. Daneben aber in-

tensiviert Mexiko seine Beziehungen zu anderen, bereits vorhandenen Partnerstaaten. Dies gilt nicht nur für die politischen und wirtschaftlichen, sondern ebenso für soziale und kulturelle Beziehungen. Zu diesen Partnerstaaten gehört auch Deutschland. Nicht zuletzt diesem Zweck diente der Besuch. Als Vorsitzender der deutsch-mexikanischen Parlamentariergruppe habe ich Staatssekretär de Icaza unsere Solidarität mit Mexiko zugesagt. Ange-

sichts der positiven Entwicklung der Beziehungen zwischen Deutschland und Mexiko in den letzten Jahren besteht eine gute Grundlage, sie weiter auszubauen. Und wir haben den Mexikanern noch eine Botschaft für ihre amerikanischen Verhandlungspartner mit auf den Weg gegeben: Gerade wir hier in Deutschland wissen, dass Mauern langfristig keine Probleme lösen können, im Gegenteil, sie schaffen welche.

Wir sollten uns bewusst machen, dass das, was Mexiko zurzeit passiert, nicht allein Mexikos Problem ist. Was in den USA durch den Wahlsieg Trumps geschieht, ist ein Novum in der internationalen Politik. Mit einem Mal wird auch gegenüber einem bisherigen Partnerstaat eine äußerst aggressive Politik praktiziert. Gerade dass Trumps Politik in ihrer Argumentation und Handlung nicht wirklich rational ist, weil sich – wie eingangs beschrieben – nationalistische, wirtschaftlich-protektionistische und rassistische Begrün-

dungen vermischen, macht sie so gefährlich. Trumps Politik ist unkalkulierbar, nicht nur gegenüber Mexiko. Beispielsweise sind rund 1.700 deutsche Firmen in Mexiko aktiv, darunter BMW und Volkswagen, dessen Werk in Chemnitz ein VW-Schwesterwerk in Silao hat. Schon morgen kann es die deutschen Handelsbeziehungen zu den USA treffen, da Strafzölle nicht gegen einzelne Unternehmen, sondern gegen Staaten verhängt werden. Die politischen Auswirkungen eines Handelskriegs lägen auf der Hand. Wir brauchen deshalb nicht nur eine solidarische Haltung zu Mexiko, wir brauchen eine eigene deutsche und europäische Strategie des Umgangs mit einem US-Präsidenten Trump. Michael Leutert

